

**Verbindliche Regeln
für Menschenrechte
in der globalen Wirtschaft.**



**4000 Menschen wurden in Uganda vertrieben,
weil die Regierung ihr Ackerland an die deutsche
Neumann-Kaffee-Gruppe verkauft hatte. (Foto: FIAN)**

**Veranstaltung
mit Andreas Zumach**

(freier Journalist, Genf)

im Offenen Haus

Darmstadt, Rheinstraße 31

am 11. Februar 2019 um 19.30 Uhr

**Verbindliche Regeln für Menschenrechte in der globalen
Wirtschaft – der „Binding Treaty“ der UNO**

Bereits seit Ende der 1960er Jahre fordern Länder des Globalen Südens innerhalb der Vereinten Nationen rechtsverbindliche Regeln für multinationale Konzerne und nationale Wirtschaftsunternehmen zur Einhaltung der Menschenrechtsnormen.

Die ersten Verhandlungen begannen 1977, erbrachten aber in den folgenden 40 Jahren wegen des Widerstands der Industriestaaten nur eine Reihe rechtlich unverbindlicher, nicht einklagbarer Vereinbarungen zur "freiwilligen Selbstverpflichtung" von Unternehmen, die in der Praxis kaum etwas bewirken konnten.

Seit 2014 wird im Rahmen des UN-Menschenrechts über ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen ("Binding Treaty") verhandelt über Menschenrechtsnormen für Wirtschaftsunternehmen mit Überwachungs-, Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen. Ein erster Vertragsentwurf liegt vor. Doch die Regierungen der Industrieländer, darunter insbesondere die deutsche Bundesregierung, sabotieren diese Verhandlungen.

Stehen wirtschaftliche Interessen über den Menschenrechten?

Veranstaltet von attac Darmstadt, in Zusammenarbeit mit



**Evangelisches Dekanat
Darmstadt-Stadt**

